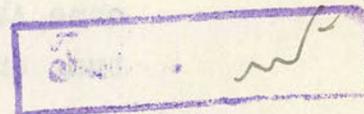


30. Nov. 38 B

Bern, den 30. November 1938.

B 41/11 A.2 -OM.

Dringlich.

An das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement,

B E R N.

Herr Bundespräsident,

Wir hatten in der letzten Zeit verschiedentlich Beschwerden der Deutschen Gesandtschaft entgegenzunehmen, die sich darüber beklagt, dass in der Schweiz wohnhafte deutsche Reichsangehörige, vornehmlich Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, gegenwärtig sich einem stillen, aber sich stark auswirkenden wirtschaftlichen Boykott ausgesetzt sehen. In den uns von der Gesandtschaft namhaft gemachten Fällen ist die Bundesanwaltschaft mit ihrer weiteren Behandlung befasst worden.

Wir beehren uns Ihnen anbei Abschrift einer weiteren Note der Deutschen Gesandtschaft vom 29.d.M. zu übermitteln, in der sie über das Verhalten des "Bund" gegenüber dem deutschen Reichsangehörigen Krahl Klage führt. Letzterer hat in einem Schreiben an den "Bund" sich darüber aufgehalten, dass diese Zeitung, ohne irgendwelche Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Meldung zu besitzen, ein in einer ostschweizerischen Zeitung abgedrucktes Schreiben eines deutschen Rechtsanwalts wiedergegeben habe, in welchem der Anschluss der Schweiz an Deutschland als absolut sicher hingestellt wurde. Daraufhin wurde ihm von der Redaktion des "Bund" sein Brief in nicht sehr höflicher Form zurückgeschickt, mit einer handschriftlichen Bemerkung des Chefredaktors. Aber zudem gab der "Bund" seinen Lesern Kenntnis von dem Vorgehen



des Herrn Krahl und hat damit diesen Mann offenbar nicht ohne Absicht einem Boykott und der wirtschaftlichen Vernichtung durch eine verhetzte Oeffentlichkeit preisgegeben.

Das Verhalten des Berner Blattes, das ohne zwingenden Grund den Namen des Krahl veröffentlichte, ist ausserordentlich auffallend. Man muss sich fast fragen, ob der Herumbietung unkontrollierbarer Gerüchte, wie sie von verschiedenen schweizerischen Zeitungen leider praktiziert wird, und die wirtschaftliche Bodigung missliebiger Deutscher nicht systematische Machenschaften zu Grunde liegen.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diesen beunruhigenden Tatsachen, die unser Verhältnis zum Deutschen Reich in besorgniserregender Weise belasten, Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden und uns über die von Ihnen getroffenen Vorkehren unterrichten würden.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung.

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Dr. Müller

Beilage: Abschrift einer Note
nebst Anlagen (unter Rückerbitung).

30. Nov. 38 B